## Inhaltsübersicht

Inh	naltsverzeichnis
Lit	eraturverzeichnis
	kürzungsverzeichnis
	8
Α.	Grundlagen des Unterhaltsrechts
B	Das Unterhaltsrecht nach dem 1. EheRG und dessen
	weitere Entwicklung
C	Stärkung des Grundsatzes der Eigenverantwortung im nachehelichen
<b>.</b>	Unterhalt als wesentliches Reformanliegen des UÄndG 2007 31
D	Der Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB
	Die weiteren nachehelichen Unterhaltstatbestände gemäß
L.	\$\\$ 1571 - 1576 BGB
Е	
F.	Eigenverantwortung und angemessene Erwerbstätigkeit nach
_	§ 1574 Abs. 1, 2 BGB
	Bedarf sowie Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten
H.	Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen
	Unbilligkeit nach § 1578b BGB
	Unterhaltsrechtliche Härteklausel des § 1579 BGB 287
	Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners und Rangfolge 357
K.	Überblick über den Anspruch auf Familienunterhalt
	sowie Trennungsunterhalt
	Überblick über den Anspruch auf Elternunterhalt 475
Μ.	Umfang der Auskunfts- und Belegpflicht im Unterhalt 497
N.	Einkommensermittlung im Unterhalt – Überblick 515
O.	Der Kindesunterhalt
Р.	Der Unterhalt von Müttern und Vätern aus Anlass der Geburt
	eines Kindes gemäß § 1615l BGB
Q.	Vereinbarungen im Unterhaltsrecht 611
R.	Sonstige Fragen zum Unterhalt
S.	Familiengerichtliches Verfahren, Abänderungsverfahren 645
T.	Übergangsbestimmungen
Sti	chwortverzeichnis

## Inhaltsverzeichnis

		rerzeichnis	
A.	Grund	dlagen des Unterhaltsrechts	1
	I.	Grundlegende Begriffe des Unterhaltsrechts	1
	II.	Gesetzliche Vorschriften des Unterhaltsrechts sowie	
		vertragliche Regelungen zum Unterhalt	2
В.	Das U	Interhaltsrecht nach dem 1. EheRG und dessen	
	weiter	e Entwicklung	3
	I.	Überblick	3
		1. Grundlagen des 1. EheRG	3
		a) Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit	3
		b) Ehebezogene Unterhaltsbedürftigkeit, Rechtsnatur	
		des Anspruchs	4
		2. Überblick über die einzelnen Tatbestände	4
		a) Keine Generalklausel	4
		b) Selbständige Unterhaltstatbestände	5
		c) Ausnahme-Regel-Prinzip; verfassungsrechtliche	
		Grenzen	6
		3. Rechtsprechung des BVerfG zum 1. EheRG	6
		4. Rechtspolitische Diskussion bis zur Einführung	
		des UÄndG 1986	7
	II.	Regelungen zum Unterhaltsänderungsgesetz 1986	8
		1. Gesetzesgrundlagen	8
		2. Anwendungsbereich	8
	III.	Weitere Rechtsentwicklung	9
		1. Einführung in den neuen Bundesländern	9
		2. Vermutung unterhaltsrechtlicher Bedarfserfüllung von	
		Sozialleistungen	9
		3. Kindschaftsrechtsreformgesetz, Kindesunterhaltsgesetz	9
	IV.	Umfassende Neustrukturierung durch das	
	2	Unterhaltsrechtsänderungsgesetz 2007	11
		1. Regelungsbereich der Reform	11
		Begründung des Reformvorhabens im Regierungsentwurf	11
		3. Ziele der Reform	
		4 Wesentliche Änderungen	13

		a) Überblick	13
		b) Geänderte Rangfolge	14
		c) Besserstellung kinderbetreuender, nicht miteinander	
		verheirateter Eltern	10
		d) Gesetzliche Definition des Mindestunterhalts	
		minderjähriger Kinder und vereinfachte	
		Kindergeldverrechnung	18
		e) Stärkung der Eigenverantwortung nach der Ehe	18
		f) Vereinfachung des Unterhaltsrechts	19
		5. Weitere bedeutsame Änderungen	19
		6. Übergangsregelungen	19
	V.	Gesetz zur Änderung des Unterhaltsrechts und des	
		Unterhaltsverfahrensrechts vom 20.11.2015	20
		1. Regelungsbereich des Gesetzes	20
		2. Änderung des § 1612a BGB zur Bestimmung des	
		Mindestunterhalts minderjähriger Kinder	2
		a) Anlass und Inhalt der Änderung	2
		b) Anpassung des Mindestunterhalts durch Verordnung	
		gemäß § 1612a Abs. 4 BGB	22
		c) Probleme der Rückwirkung des Mindestunterhalts	23
		d) Beibehaltung der sonstigen Strukturen zur	
		Bestimmung des Mindestunterhalts	24
		3. Änderungen des vereinfachten Verfahrens über den	
		Unterhalt Minderjähriger	25
		a) Zielsetzung der vorgesehenen Änderungen	25
		b) Wegfall des vereinfachten Verfahrens bei einem	
		Auslandsbezug	25
		c) Vereinfachte Vorschriften zur Geltendmachung von	
		Einwendungen	20
		d) Übergang in das streitige Verfahren	27
		e) Weitere Änderungen	27
		4. Änderung des AUG	27
		5. Inkrafttreten, Übergangsregelungen	29
C.	Stärkı	ing des Grundsatzes der Eigenverantwortung im nachehelichen	
		halt als wesentliches Reformanliegen des UÄndG 2007	3
	I.	Ausgangslage	3
	II.	Grundsatz der Eigenverantwortung und Überspannung der	
		nachehelichen Solidarität	3
	III.	Umsetzung der Stärkung der Eigenverantwortung im	
		UÄndG 2007 sowie Auswirkungen des § 1569 BGB auf die	
		Regelungen zum nachehelichen Unterhalt	32
	IV.	Grundlagen der Vorschrift des § 1569 BGB	33
		1. Regelungsbereich	33

Inhaltsverzeichnis	XI

	2. Funktion im Rahmen der Vorschriften zum nachehelichen	26
17	Unterhalt	34
V.	Bewertung der Änderung des § 1569 BGB	35
D. Der	Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB	37
I.	Grundlagen des § 1570 BGB	37
	1. Normzweck des § 1570 BGB	37
	2. Neustrukturierung des Betreuungsunterhalts	38
	a) Systematik des Betreuungsunterhalts bis zum	
	31.7.2007	38
	b) Geänderte Struktur des Betreuungsunterhalts –	
	Aufgabe des Altersphasenmodells	38
	c) Zusammentreffen des Betreuungsunterhalts mit	
	anderen Tatbeständen	41
	3. Begriff des gemeinschaftlichen Kindes	41
	a) Abgrenzungen	41
	b) Gemeinsame Kinder nach Rechtskraft der Scheidung	
	der Ehe	42
	c) Zuordnung scheinehelicher Kinder, Adoptiv- sowie	
	Pflegekinder	43
	4. Betreuungsunterhalt bei künstlicher Befruchtung	44
	5. Begriff der Pflege und Erziehung	45
	6. Rechtsmäßige Betreuung als Voraussetzung eines	-/
	Anspruchs	46
II.	Eigenverantwortung und Betreuungsunterhalt nach	
	§ 1570 Abs. 1, 2 BGB	46
	1. Begründung des RegE	46
	2. Elterliches Erziehungskonzept und Art. 6 Abs. 1 GG	47
	a) Beendigung mit Auflösung der Ehe	47
	b) Auswirkungen öffentlich-rechtlicher Regelungen	48
III.	Die Tatbestände des Betreuungsunterhalts nach	
	§ 1570 Abs. 1, 2 BGB	49
	Mindestdauer des Betreuungsunterhalts von drei Jahren	-/
	nach der Geburt des Kindes	49
	a) Systematische Einordnung des § 1570	-/
	Abs. 1 S. 1 BGB	49
	b) Erwerbstätigkeit vor Vollendung des	1)
	dritten Lebensjahres	50
	2. Der Begriff der Billigkeit nach § 1570 Abs. 1 S. 2 BGB	51
	3. Belange des Kindes und Erwerbsobliegenheit	52
	a) Belange des Kindes im Sinne von kindbezogenen	74
	Gründen	52
	b) Inhaltliche Bedeutung der Belange des Kindes,	2ر
		53
	Abgrenzungen	))

XII Inhaltsverzeichnis

		c)	Vorrang der Belange des Kindes	55
	4.		er Begriff der bestehenden Möglichkeiten der Betreuung	55
			Zweck der Regelung des Abs. 1 S. 3 und Zumutbarkeit	
			der Erwerbstätigkeit	55
		b)	Inanspruchnahme öffentlicher und privater	
			Einrichtungen	57
		c)	Rechtzeitig einsetzende Bemühungen zur	
			Fremdbetreuung	58
	5.	Eir	nschränkung der Erwerbsobliegenheit bei günstigen	
		Eir	nkommensverhältnissen des Unterhaltspflichtigen	59
	6.		chtsprechung des BGH zu § 1570 Abs. 1 S. 2, 3 BGB	
			d deren praktische Umsetzung	60
			Prüfungsfolge	60
			Wichtige Änderung der Rechtsprechung des BGH	
			zum Begriff der kindbezogenen Gründe	63
		c)	Kritik an der Rechtsprechung des BGH	64
			Weitere obergerichtliche Rechtsprechung	66
	7.		swirkungen auf die Darlegungs- und Beweislast des	
			treuenden Elternteils	67
	8.	Ve	rschärfung der Erwerbsobliegenheit	68
			Erwerbsobliegenheit im Mangelfall	68
			Erwerbsobliegenheit bei eingreifender Härtefallklausel	
			gemäß § 1579 BGB	69
	9.	Be	treuungsunterhalt nach § 1570 Abs. 1 S. 2, 3 BGB	
			i vergeblichen Erwerbsbemühungen, Konkurrenz zum	
			fstockungsunterhalt, Auswirkung auf Rangfolge	69
			Betreuungsunterhalt und Unterhalt bis zur Erlangung	
			einer Erwerbstätigkeit	69
		b)	Konkurrenz zum Aufstockungsunterhalt nach	
		ĺ	§ 1573 Abs. 2 BGB, Rangfolgezuordnung	70
	10.	De	er Betreuungsunterhalt aus nachehelicher Solidarität	71
			Systematische Einordnung des § 1570 Abs. 2 BGB	71
			Anwendungsbereich als Annextatbestand	72
			Dauer des Anspruches	74
			Elemente der Billigkeitsabwägung nach	
			§ 1570 Abs. 2 BGB	74
		e)	Verhältnis des § 1570 Abs. 2 BGB zu § 1578b BGB	
		,	und Zuordnung in § 1609 BGB	75
	11.	Un	nterhalt bei Betreuung mehrerer Kinder	
			Alter über drei Jahren	76
IV.	Beg		und Beendigung des Betreuungsunterhalts	77
			ginn des Betreuungsunterhalts	77
		a)	Beginn in Trennungsphase	77
			Bedürftigkeit vor der Geburt des Kindes	77
			5	

	Inhaltsverzeichnis	)	XIII
	2. Beendigung des Betreuungsunterhalts		78
V.	Fragen zur Darlegungs- und Beweislast		78
	1. Grundlagen		78
	2. Beweislast im Abänderungsverfahren		80
VI.	Betreuungsunterhalt und überobligationsmäßige Tätigkeit		80
	1. Grundlagen zur Anerkennung eines Betreuungsbonus		80
	2. Erwerbstätigkeit vor dem 3. Lebensjahr; Übergang	•	
	in gebotene Erwerbstätigkeit		82
	3. Berechnung des Unterhalts bei Betreuungsbonus		83
VII.	Zuordnung des Betreuungsaufwands, Folgen für	•	0,5
V 11.	Unterhaltsberechnung		83
		•	03
	1. Zuordnung der Kosten der Betreuung und Erziehung		0.2
	des Kindes		83
	2. Anteilsbestimmung bei Betreuungskosten		85
	3. Praktische Folgen, alternative Berechnungsmöglichkeiten		86
	4. Freiwillige Leistung Dritter bei Betreuung	٠	87
	5. Wahl einer kostengünstigen Betreuung durch		
	nahe Verwandte	•	88
	a) Rücksichtnahme auf die Belange des		
	Unterhaltspflichtigen		88
	b) Gleichwertigkeit von Bar- und Naturalunterhalt trotz		
	Erwerbstätigkeit		88
	6. Übertragung von Betreuungsleistungen auf einen Dritten		89
VIII.	Befristung und Begrenzung des Betreuungsunterhalts		
	nach § 1570 BGB?		90
	1. Problemlage		90
	2. Frühere Rechtsprechung des BGH		90
	3. Zeitliche Befristung des Unterhalts		91
	a) Unterhaltsfestsetzung vor Vollendung des dritten		
	Lebensjahres des Kindes		91
	b) Betreuungsunterhalt nach § 1570 Abs. 1 S. 2, 3 BGB		
	aus kindbezogenen Gründen		91
	c) Betreuungsunterhalt aus elternbezogenen Gründen		
	gemäß § 1570 Abs. 2 BGB		92
	d) Praktische Folgen im Unterhaltsverfahren für		
	die Darlegungs- und Beweislast		93
	4. Keine weitere Befristung gemäß § 1578b BGB	•	94
	5. Begrenzung der Höhe nach gemäß § 1578b Abs. 1 BGB.		95
IX.	Betreuungsunterhalt bei gemeinsamer elterlichen Sorge		96
IX. X.	Betreuungsunterhalt bei Übernahme der Haushaltsführung	•	70
Λ.	e e		07
VI		•	97
XI.	Privilegierte Stellung des Betreuungsunterhalts	•	98
XII.	Beibehaltung des Prinzips der Einsatzzeitpunkte in Bezug auf		00
	Anschlussunterhalt zu § 1570 BGB		99

XIII.	Entstehen des Betreuungsunterhalts unabhängig von einem
	Einsatzzeitpunkt
XIV.	
	Eheverträgen – Heilung eines nichtigen Ehevertrags 101
XV.	Betreuung durch beide Elternteile – Wechselmodell 102
XVI.	Anteilige Haftung der Unterhaltspflichtigen bei Betreuung
	eines ehelichen sowie eines außerehelichen Kindes 103
	1. Problemlage
	2. Anteilige Haftung von Ehemann und nicht mit der Mutter
	verheiratetem Vater
	3. Änderung der Unterhaltslast bei Konkurrenz von
	Unterhaltsansprüchen nach §§ 1569 ff. BGB und
	§ 1615l BGB
	4. Höhe des Unterhaltsanspruchs, Berechnungsbeispiel 106
XVII.	Aufhebung der Ehe und Betreuungsunterhalt 107
	1. Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs
	eines vormaligen Ehegatten
	2. Sonderfall Unterhalt wegen Pflege und Betreuung eines
	gemeinsamen Kindes
	3. Sonderfall Doppelehe
	4. Geltendmachung der Folgen der Aufhebung der Ehe nach
	rechtskräftiger Scheidung
	5. Erlöschen des nachehelichen Unterhalts
	6. Verfahrensrecht
XVIII.	Ausdehnung des § 1570 Abs. 1 BGB auf den
	Trennungsunterhalt nach § 1361 Abs. 1 BGB 110
E D:	
	eiteren nachehelichen Unterhaltstatbestände gemäß
	71 – 1576 BGB
I.	Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB
	1. Regelungsgrund
	2. Keine ehebedingte Unterhaltsbedürftigkeit,
	Begriff des Alters
	3. Vorzeitiger Rentenbezug
	4. Besondere Berufsgruppen
	5. Erwerbstätigkeit über die feste Altersgrenze hinaus 116
	6. Weitere Fragen zum Altersunterhalt
	7. Änderung durch UÄndG 2007 – Billigkeitsklausel
**	nach § 1578b BGB
II.	Unterhalt wegen Krankheit oder anderer Gebrechen oder
	Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte nach
	\$ 1572 BGB
	1. Anspruchsinhalt und -umfang
	2. Begriff der Krankheit, Obliegenheit zur Wiederherstellung
	der Gesundheit

Inhaltsverzeichnis	XV

	3. Einsatzzeitpunkte	121
	4. Kein Anspruchsverlust bei mangelnder Leistungsfähigkeit	
	bzw. temporär entfallener Bedürftigkeit	122
	5. Rentenantrag	
	6. Darlegungs- und Beweislast	
	7. Verhältnis zum Aufstockungsunterhalt	
	8. Begrenzung bzw. Befristung des Unterhalts	
III.	Unterhalt bis zur Erlangung einer angemessenen	121
111.	Erwerbstätigkeit nach § 1573 Abs. 1 BGB	125
	1. Regelungszweck	
	2. Subjektiver Maßstab der Anforderungen	
	3. Objektive Beschäftigungschance	
	4. Begriff der angemessenen Tätigkeit	
	5. Maßstab beim nachehelichen Unterhalt	
	6. Art der angemessenen Tätigkeit	130
	7. Folgen der Verletzung einer Obliegenheit nach	
	§§ 1573 Abs. 1, 1574 Abs. 1, 3 BGB	
	8. Darlegungs- und Beweislast bei § 1573 Abs. 1 BGB	131
	9. Beweislastrisiko bei Fehleinschätzung eines Anspruchs nach	
	§ 1572 BGB	132
	10. Nachhaltige Sicherung und Unterhalt bei späterem Verlust	
	einer angemessenen Erwerbstätigkeit – Regelungszweck des	
	§ 1573 Abs. 4 BGB	132
IV.	Regelung nach § 1573 Abs. 2 BGB	133
	1. Grundlagen	
	2. Voraussetzungen des Anspruchs	
	3. Geringe Einkommensdifferenz	
	4. Auswirkungen der Unterhaltsreform	
	5. Konkurrenz zu anderen Unterhaltstatbeständen	
V.	Unterhaltsanspruch nach § 1575 BGB	
	1. Regelungszweck	
	2. Keine Bindung der Ausbildung an eheliche	
	Lebensverhältnisse	137
	3. Voraussetzungen des Ausbildungsanspruchs	
	4. Rechtsprechungsübersicht	
VI.	Sonstige schwerwiegende Gründe, falls die Versagung	150
٧ 1.	des Unterhalts grob unbillig wäre, § 1576 BGB	120
	1. Grundlagen	
<b>1</b> /11	2. Einzelfälle schwerwiegender Gründe	135
VII.	Einsatzzeitpunkt als Voraussetzung eines Anspruchs auf	1 40
	nachehelichen Unterhalt – Prinzip der Anspruchskette	
	1. Systematik	
	2. Prinzip der Anspruchskette	
	a) Anschlussunterhalt	141

	b) Anspruchskonkurrenzen
F.	Eigenverantwortung und angemessene Erwerbstätigkeit
	nach § 1574 Abs. 1, 2 BGB
	I. Regelungszweck, Anwendungsbereich
	II. Grundlagen des § 1574 Abs. 1, 2 BGB
	1. Kriterien für die Beurteilung der Angemessenheit einer
	Erwerbstätigkeit
	2. Inhalt des § 1574 Abs. 1 BGB
	3. Abwägungskriterien des § 1574 Abs. 2 BGB 144
	4. Der Begriff der "angemessenen Erwerbstätigkeit"
	als Sperre zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit? 145
	a) Verhältnis § 1569 BGB zu § 1574 Abs. 1, 2 BGB 145
	b) Begriff der angemessenen Erwerbstätigkeit 140
	5. Die einzelnen Tatbestandselemente
	a) Ausbildung
	b) Fähigkeiten
	c) Lebensalter
	d) Gesundheitszustand
	e) Frühere Erwerbstätigkeit
	f) Günstige wirtschaftliche Verhältnisse als weiteres
	Kriterium
	6. Einengung der Erwerbstätigkeit durch die ehelichen
	Lebensverhältnisse
	a) Systematische Einordnung der ehelichen
	Lebensverhältnisse
	b) Begriff der ehelichen Lebensverhältnisse
	c) Konkrete Billigkeitsprüfung
	d) Darlegungs- und Beweislast
	7. Sonstige Umstände im Rahmen der Prüfung der
	Angemessenheit
	8. Verschärfung der Erwerbsobliegenheit bei beschränkter
	Leistungsfähigkeit
	9. Obliegenheit zur Aufnahme einer Ausbildung 155
	a) Regelungszweck des § 1574 Abs. 3 BGB 155
	b) Verbesserung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt 150
	c) Umfang des Ausbildungsanspruchs bei
	wahrgenommener Obliegenheit
	10. Subjektive und objektive Voraussetzungen der
	Erwerbsobliegenheit nach § 1574 Abs. 1, 2 BGB 157
C	Radarf corria Radiirftiakait das Untarbaltabarrashtiatan 150
G.	Bedarf sowie Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten
	1. Gesetzhene Grundiagen der Demessung des Onterflatts 1);

Inhaltsverzeichnis	XVII
1. Grundsatz	 . 159
2. Bedürftigkeit des Berechtigten	
Das Maß des Unterhalts bei getrennt lebenden und	 •
geschiedenen Ehegatten	159
1. Grundsatz der Bedarfsermittlung	 159
a) Begriff des angemessenen Unterhalts	
b) Halbteilungsgrundsatz	
c) Anreiz zur Erwerbstätigkeit bei Unterhaltspflichtig	. 100
und Unterhaltsberechtigtem	161
d) Ausnahmen von der Anerkennung eines	 . 101
Erwerbstätigenbonus	162
e) Berufsbedingte Aufwendungen	
f) Objektiver Maßstab	
2. Halbteilungsgrundsatz und Quotenunterhalt	
a) Quotenunterhalt und Erwerbseinkommen	
b) Leitlinien der Oberlandesgerichte	 . 100
c) Berechnungsbeispiele bei Differenzmethode sowie	1//
Anrechnungsmethode	. 166
d) Unterschied zwischen Quotenunterhalt und vollen	1.65
Unterhalt	 . 16/
e) Bedarfsbestimmung bei sehr guten	
Einkommensverhältnissen – Sättigungsgrenze und	
konkrete Bedarfsbestimmung	
3. Weitere Bemessungsfaktoren zur Bestimmung des Bed	
a) Vorwegabzug des Kindesunterhalts	. 171
b) Bindung des Abzugs bei bestehendem Unterhaltsti	
eines anderen gleichrangigen Unterhaltsberechtigte	
c) Abzug des Kindesunterhalts beim Unterhaltsberech	
Entstehen eines Aufstockungsunterhalts	
d) Vorwegabzug auch des Unterhalts volljähriger Kind	
e) Abzug des Kindergelds bei Bedarfsermittlung	 . 173
f) Versorgungsausgleich und Bedarf	
g) Bedarf und wechselnde Steuerklassen	
h) Vermögensbildung und Bedarf	 . 175
i) Fiktive Einkünfte und Bedarf	
j) Haushaltsführung und Bedarf	 . 176
k) Verbindlichkeiten und Bedarf	
l) Überobligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf	 . 177
m) Weitere bedarfsbestimmende Erträge sowie	
Nutzungsvorteile	 . 177
4. Bedarfsermittlung beim Getrenntlebensunterhalt nach	
§ 1361 Abs. 1 S. 1 BGB	 . 178
a) Erhebliche, vom Normalverlauf abweichende	
Entwicklung	 . 178

II.

XVIII Inhaltsverzeichnis

		b)	Zäsur erst mit rechtskräftiger Auflösung der Ehe	179
			Trennungsbedingte Veränderungen	
	5.	Beg	griff der eheliche Lebensverhältnisse im Sinne des	
		§ 1	578 Abs. 1 S. 1 BGB	179
		a)	Grundlagen der Rechtsprechung	
		b)	Zukünftige Entwicklung – Begriff der stets	
			wandelbaren Verhältnisse	180
			aa) Rentenbezug	180
			bb) Nachehelich eingetretene Minderung, Beendigung	
			der Erwerbstätigkeit	
		c)	Änderung der Einkünfte nach Scheidung der Ehe	182
			aa) Abgrenzungen	182
			bb) Begriff einer angebahnten Entwicklung;	
			Abgrenzung nach BGH	183
			Ausnahmen bei sog. Karrieresprung	184
	6.		stimmung der ehelichen Lebensverhältnisse	
			Einkünften beider Ehegatten	
			Begriff der nachhaltigen und dauerhaften Einkünfte	185
		b)	Bestimmung des Bedarfs nach der Differenz-	
			bzw. Additionsmethode	185
			Verletzung einer Erwerbsobliegenheit und	
			Bedarfsbestimmung	185
		d)	Betreuungsleistungen für Lebenspartner	
			bedarfsprägend	
			Überobligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf	
			weislast bei der Bedarfsbestimmung	188
III.			stimmung des Bedarfs nach der Entscheidung	
			erfG zur Unzulässigkeit der Dreiteilungsmethode	
			rbemerkung	
			erpretation des Bedarfs durch das BVerfG	189
	3.		chtskraft der Scheidung als Zäsur zur Bestimmung der	
			elichen Lebensverhältnisse	190
		a)	Einschränkung des Begriffs der wandelbaren ehelichen	
			Lebensverhältnisse	190
		b)	Zuordnung staatlicher Transferleistungen sowie	
			familienbezogener Bestandteile	
	4.		ßereheliches Kind und Bedarfsbestimmung	192
		a)	Zuordnung eines außerehelichen Kindes bei der	
			Bedarfsbestimmung	192
		b)	Eheliche Lebensverhältnisse bei Geburt des	
			außerehelichen Kindes in der Trennungszeit sowie bei	- ·
			Anspruch der Mutter nach § 1615l BGB	194
		c)	Abzug des Kindesunterhalts bei Unterhaltsbestimmung	
			für den geschiedenen Ehegatten und Splittingvorteil aus	
			neuer Fhe	195

	5. Bestimmung des Bedarfs bei zwei unterhaltsberechtigten
	Ehegatten
	a) Folgerungen für den Bereich der Leistungsfähigkeit 197
	b) Auswirkungen der Begrenzungsbestimmungen
	des UÄndG auf die Unterhaltsbemessung 197
IV.	Berücksichtigung von Nutzungsvorteilen aus einem
	Eigenheim und Bedarfsbestimmung
	1. Grundsatz
	2. Bestimmung des bedarfsprägenden Nutzungsvorteils bei
	Belastungen
	3. Bewertungsmaßstab zur Bestimmung des
	Nutzungsvorteils
	4. Nicht aktivierter Nutzungswert
	5. Bestimmung des Bedarfs bei Teilveräußerung
	des Eigenheims
	a) Zinsertrag oder neues Eigenheim als Surrogat
	des prägenden Nutzungsvorteils
	b) Einfluss der Nutzungsverhältnisse des das Eigenheim
	übernehmenden Ehegatten auf den Bedarf 200
	6. Vollständige Veräußerung des im gemeinsamen Eigentum
	stehenden Eigenheims
	7. Nutzungsentschädigung und Bedarfsbestimmung 207
	<ul><li>8. Eigenheim bzw. Renditeobjekt als Altersvorsorge 208</li><li>9. Zuwendungen von Zins- und Tilgungsleistungen</li></ul>
	durch Dritte
	10. Überlassung einer Wohnung an Lebenspartner sowie ein
	volljähriges Kind
	11. Gewinnträchtige Anlage des Vermögens
	12. Gleichwertige Nutzungsvorteile
	13. Berücksichtigung von Nebenkosten
	14. Bedarfsprägende Erträge aus Zugewinn
V.	Vorsorgeunterhalt für eine angemessene Krankenversicherung und Pflegeversicherung sowie eine Altersvorsorge
	und Pflegeversicherung sowie eine Altersvorsorge
	1. Grundlagen, Befristung und Begrenzung des Anspruchs 212
	2. Unterhalt für eine angemessene Kranken- und
	Pflegeversicherung
	a) Grundlagen, Berechnung 213
	b) Ausnahmen vom Familienversicherungsschutz 214
	c) Anspruch auf Zusatzversicherung 214
	d) Beitragspflicht bei Abfindung des nachehelichen
	Unterhalts
	3. Vorsorgeunterhalt für den Fall des Alters und der
	verminderten Erwerbsfähigkeit 21
	a) Grundlagen

XX Inhaltsverzeichnis

	b) Rangverhältnis zum Elementarunterhalt und Kranken-	
	und Pflegeversicherungsbedarf	
	c) Rechenschritte	6
	4. Berechnung des Vorsorgeunterhalts bei Kapital- und	
	Mieteinkünften sowie einem Wohnvorteil 21	7
	5. Zeitliche Begrenzung	7
	6. Begrenzung auf Bemessungsgrenze zur gesetzlichen	
	Rentenversicherung?	7
	7. Verzug und Vorsorgeunterhalt	
	8. Wegfall der zweistufigen Berechnung des	
	Elementarunterhalts	8
	9. Keine Nachforderung des vergessenen Vorsorge-	. 0
	unterhalts	Q
VI.	Ermittlung der Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten 22	
٧1.	Grundlagen zur Bedürftigkeitsbestimmung nach	.0
	\$ 1577 Abs. 1 BGB	٥.
		20
	2. Versorgungsleistungen für Lebenspartner oder sonstige	
	Dritte	11
	3. Freiwillige Leistungen Dritter	
	4. Vermögensverbrauch für unterhaltsfremde Zwecke	.2
	5. Einsatz des Vermögens zu Unterhaltszwecken durch den	
	Unterhaltsberechtigten	
X 777	6. Darlegungs- und Beweislast	.4
VII.	Nichtanrechnung von Einkünften aus unzumutbarer Tätigkeit	
	gemäß § 1577 Abs. 2 BGB	
	1. Begriff der unzumutbaren Einkünfte	25
	2. Gesetzliche Regelung zur Anrechnung unzumutbarer	
	Einkünfte	26
	3. Zweck der Änderung des § 1577 Abs. 2 S. 1 BGB	
	durch das UÄndG 2007	
	4. Praktische Bedeutung	
	5. Anwendungsgrundsätze des § 1577 Abs. 2 BGB 22	28
	osetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen	
	ligkeit nach § 1578b BGB	
I.	Anwendungsbereich	
II.	Systematischer Ansatz der gesetzlichen Regelung 23	52
III.	Tatbestandsaufbau des § 1578b BGB	3
	1. Verbindung von Begrenzung und Befristung	
	des Unterhalts	3
	2. Herabsetzung des Anspruchs nach § 1578b Abs. 1 BGB 23	
	a) Struktur des Tatbestands	
	b) Angemessener Lebensbedarf als Ersatzmaßstab 23	55
	aa) Grundlagen	35
	bb) Rechtsprechung des BGH	36

Inhaltsverzeichnis	XX

	c) Wahrung der Belange eines anvertrauten
	gemeinschaftlichen Kindes 240
	3. Elemente der Billigkeitsprüfung gemäß § 1578b
	Abs. 1 S. 2 BGB nach der Neufassung zum 1.3.2013 242
	4. Inhalt der tatbestandlichen Neufassung
	5. Ehebezogene Nachteile als Billigkeitsmaßstab 244
	6. Dauer der Ehe als nachteilsunabhängiger Billigkeitsgrund
	6. Dauer der Ehe als nachteilsunabhängiger Billigkeitsgrund im Gefüge der Vorschrift des § 1578b Abs. 1 BGB 245
	a) Fehlende Anhaltspunkte für eine geänderte Auslegung . 245
	b) Keine geänderte Auslegung nach objektiven Kriterien 240
	c) Begriff der Dauer der Ehe gemäß § 1578b
	Abs. 1 S. 2 BGB
	7. Verhältnis der beiden ausdrücklich genannten
	Billigkeitskriterien des Satzes 2 zueinander
	8. Nacheheliche Solidarität als Billigkeitsgrund 248
	9. Sonstige Billigkeitsgründe
	10. Keine Berücksichtigung eines Trennungsverschuldens 250
	11. Berücksichtigung von Vermögen
	des Unterhaltsbedürftigen
IV.	Probleme der Anwendung der Begrenzungsbzw. Befristungsnorm des § 1578b BGB
	1. Begriff der fortwirkenden ehebedingten Nachteile
	nach der Rechtsprechung des BGH 251
	2. Bestimmung des Unterhalts unter Berücksichtigung eines
	Nachteilausgleichs
	a) Grundsatz
	b) Nachteilausgleich im Fall einer konkreten Bedarfsbestimmung
	Bedarfsbestimmung
	3. Dauer der Übergangszeit bei Befristung sowie Begrenzung
	des Unterhalts
	4. Befristung des Anspruchs nach § 1578b Abs. 2 BGB 261
	5. Vorschläge zur Begrenzung des Unterhalts bei Verbindung
	beider Regelungen
V.	Keine Befristung oder Begrenzung des Unterhalts bei
	fortwirkender Solidarität
VI.	Auswirkungen des § 1578b BGB auf die einzelnen
	Unterhaltstatbestände
	1. Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB 264
	2. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB 260
	3. Unterhalt wegen Erkrankung oder Gebrechen
	nach § 1572 BGB
	4. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit nach § 1573
	Abs. 1 BGB
	5. Aufstockungsunterhalt

XXII Inhaltsverzeichnis

		6. Abgrenzung des Aufstockungsunterhalts vom
		Betreuungsunterhalt
		7. Ausbildungsunterhalt nach § 1575 BGB, positive
		Billigkeitsklausel nach § 1576 BGB 272
	VII.	Begrenzung nach § 1578b BGB und Unterhalt wegen einer
		angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung sowie
		Altersvorsorge
	VIII.	
		Berücksichtigung der sekundären Behauptungslast 273
		1. Begrenzung des Anspruchs – Darlegungs- und Beweislast
		des Unterhaltspflichtigen
		2. Darlegungslast des Unterhaltsberechtigten – sekundäre
		Behauptungslast
		3. Verfahrensmäßiges Vorgehen des Unterhaltsbedürftigen 276
	IX.	Verhältnis von § 1578b BGB zu § 1579 BGB
	121.	1. Ausgangslage
		2. Verhältnis des § 1578b BGB zu § 1579 Nr. 1 BGB 277
	X.	Verfahrensfragen
	21.	Keine abschließende Entscheidung zur Begrenzung bzw.
		Befristung bei unsicherer Prognose
		2. Keine Ermessensentscheidung zu § 1578b BGB;
		verfahrensrechtliche Präklusion
		3. Berücksichtigung nachträglich eintretender Gründe
		durch Abänderungsantrag
		4. Antragstellung
		5. Rechtsmittelverfahren
		6. Kostenfragen
		6. Kostenfragen
I.	Unter	haltsrechtliche Härteklausel des § 1579 BGB 287
_,	I.	Rechtsnatur der Härtefallklausel; Anwendungsbereich 287
	II.	Normzweck, Tatbestandsstruktur
		1. Normzweck
		2. Neufassung der Überschrift
		3. Zweigliedriger Tatbestand, flexible Rechtsfolgen 289
	III.	Auslegungsfragen des Einleitungssatzes des § 1579 BGB 289
	111.	1. Der Begriff der groben Unbilligkeit 289
		Unterhaltszahlung trotz grober Unbilligkeit
		3. Wirtschaftliche Verhältnisse
		4. Dauer der Ehe
		5. Verdienste für die Familie oder den anderen Ehegatten 292
		6. Sonstige Billigkeitsgründe
		7. Wahrung der Belange eines anvertrauten Kindes 293
		8. Abgestufte Beschränkung des Unterhalts – flexibel
		os. Abgesturte Descriankung des Onternaits – nexibei
		VENIAUEIE NEUUNIUUE /94

		Inhaltsverzeichnis	XXIII
		Partnerschaft und Mindestbedarf	
	10.	Zeitliche Begrenzung des Anspruchs	. 296
	11.	Anrechnen eigener Einkünfte bzw. eigenen Vermögens bei	
		eingeschränktem Unterhaltsanspruch	
		Kürzung über den notwendigen Eigenbedarf hinaus	. 298
	13.	Berücksichtigung des Unterhaltsanspruchs gegen den	
	,	nichtehelichen Vater nach § 1615l Abs. 1, 2 BGB	
		Privilegierung bei einem anvertrauten Kind	
		Vorsorgeunterhalt, Krankenversicherung	
IV.		r Härtegrund der Ehe von kurzer Dauer (Nr. 1)	
		Anwendungsbereich	
		Zeitlicher Rahmen; Rechtsprechung des BGH	
	3.	Bestimmung der Dauer der Ehe	. 302
		Ausnahmen auf Grund besonderer Umstände	
	5.	Keine Anwendung beim Trennungsunterhalt	. 303
		Einzelfälle aus der Rechtsprechung	. 303
	7.	Konkurrenz zu § 1579 Nr. 8 BGB,	/
	0	weitere Konkurrenzen	
	8.	Weitere Anwendungsfragen zu Nr. 1	. 305
		a) Berücksichtigung von Pflege und Erziehung bei der	205
		Bestimmung der Ehezeit	
		b) Billigkeitsabwägung und Höhe des Unterhalts	. 305
		c) Wahrung der Belange eines Kindes und Härteklausel	206
		nach Nr. 1	. 306
		d) Härtegrund und gesteigerte Erwerbsobliegenheit –	
		Begrenzung des Unterhalts auf das dritte Lebensjahr	207
	0	des Kindes?	
	9.	Kürzung des Unterhalts über den notwendigen Eigenbedar	
V.	D	hinaus bei eigenen Einkünften und Vermögen	
v.		r Härtegrund der verfestigten Lebensgemeinschaft (Nr. 2).	
	1.	Der Begriff der verfestigten Lebensgemeinschaft	
		a) Grundlagen	. 309
		b) Begriff des Zusammenlebens im Sinne einer	
		eheersetzenden Gemeinschaft – Änderung der	210
		BGH-Rechtsprechung	. 310
		c) Verfestigte Lebensgemeinschaft ohne gemeinsame	211
		Wohnung	. 311
		d) Verfestigte Lebensgemeinschaft während	212
		der Trennungszeit	
		e) Spätere Geltendmachung des Härtegrundes	. 312
		f) Unterhaltsgemeinschaft als Grund einer objektiven	212
		Unzumutbarkeit	
	2	0,	. 314
	2.	Reichweite des Begriffs der verfestigten	215
		Lebensgemeinschaft	. 51)

XXIV Inhaltsverzeichnis

	3. Unterhaltsrechtliche Leistungsfähigkeit des
	Lebenspartners
	4. Wiederaufleben des Unterhalts nach § 1570 BGB
	bei Auflösung bzw. Lockerung der verfestigten
VI.	Lebensgemeinschaft
V 1.	Verbrechen und schweres Vergehen gegen den Unterhaltspflichtigen als Härtefall (Nr. 3)
	<ol> <li>Grundlagen</li></ol>
	3. Berücksichtigung einer Verfehlung des
	Unterhaltspflichtigen
	4. Abgestufte Rechtsfolge nach den Auswirkungen
	des Delikts
	5. Einzelfälle aus der Rechtsprechung
VII.	Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (Nr. 4)
, 11.	1. Begriff der Mutwilligkeit
	2. Unterhaltsbezogene Leichtfertigkeit; Abgrenzung zur
	Obliegenheit gemäß § 1577 Abs. 1 BGB 323
	3. Die einzelnen Fallgruppen
	4. Aufgabe einer gebotenen Tätigkeit – selbstverschuldeter
	Arbeitsplatzverlust
	5. Alkohol- und Drogenabhängigkeit; psychisches Leiden 325
	6. Unterhaltslast durch Geburt eines Kindes ohne
	Zustimmung des Ehemannes
	7. Fehlgeschlagener Suizidversuch
	8. Unwirtschaftliche Vermögensanlage; Verwendung
	für spätere Altersvorsorge
	9. Verwendung von Kapitalbeträgen für unterhaltsfremde
	Zwecke; Abgrenzung zu zwangsläufigen Aufwendungen 327
	10. Zweckfremde Verwendung des Vorsorgeunterhalts,
	Berechnung der fiktiven Altersversorgung 328
	11. Unterlassene Geltendmachung bestehender Ansprüche 329
	12. Sonstige Fragen zu § 1579 Nr. 4 BGB, Beweislast 329
VIII.	Verletzung von Vermögensinteressen (Nr. 5) 329
	1. Regelungszweck
	2. Tatbestandsvoraussetzungen
	3. Fallgruppen
	a) Anschwärzen beim Arbeitgeber, Strafanzeigen 331
	b) Verschweigen von Einkünften, Pflicht zur
	ungefragten Information
	c) Aufgabe eines Ehegattenarbeitsverhältnisses
	d) Belastung mit Kindesunterhalt
	e) Verletzung sonstiger Vermögensinteressen,
	Verschwendung des Familienunterhalts 334

Inhaltsverzeichnis	XXV

IX.	Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt	
	beizutragen (Nr. 6)	335
	1. Anwendungsbereich	
	2. Begriff des Familienunterhalts sowie der gröblichen	
	Unterhaltspflichtverletzung	335
	3. Schuldhaftes Verhalten	
X.	Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten	
	liegendes Fehlverhalten (Nr. 7)	337
	1. Anwendungsbereich	
	2. Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale	
	3. Begriff eines offensichtlich schwerwiegenden	
	Fehlverhaltens	339
	4. Verletzung der ehelichen Treue	
	5. Verstoß gegen eheliche Pflichten	
	a) Leugnen der nichtehelichen Vaterschaft eines Kindes	
	b) Scheineheliches Kind	
	c) Vereitelung des Umgangs mit einem gemeinsamen	, 11
	Kind	341
	d) Verlassen des anderen Ehegatten	
	e) Weigerung der Aufnahme eines gemeinsamen	, 12
	Wohnsitzes	343
	f) Verheimlichung von Einkünften	
	g) Nichteingehen einer Ehe	
	h) Sonstige verletzende Verhaltensweisen	344
	6. Eindeutiges Fehlverhalten	
	7. Fehlende Ursächlichkeit	
	8. Fehlverhalten vor Scheitern der Ehe bzw. Trennung 3	
	9. Fehlverhalten vor scheitern der Ehe sowie nach	, 10
	Rechtskraft der Scheidung	346
	10. Fehlverhalten gegen Angehörige	
XI.	Andere Gründe von gleichem Gewicht (Nr. 8)	
711.	Anwendungsbereich – Funktion als Auffangtatbestand	
	2. Fallgruppen	
	a) Unterlassene Eheschließung	
	b) Anstößige oder kränkende Begleitumstände	
	c) Nicht zurechenbar begangene Selbstschädigung	
	d) Kurzes Zusammenleben	
	e) Nichteheliches Kind	
	f) Steuerlicher Splittingvorteil, Begriff auf	))(
		250
	Pfändungsfreigrenzen	ソノひ
	h) Ehrlose Lebensführung	1)1
	i) Nacherklärung von steuerlichen Einkünften	251
	zu Lasten des Unterhaltspflichtigen	1)1

XXVI Inhaltsverzeichnis

		j) Versagung des Trennungsunterhalts nach längerer
		Nichtgeltendmachung
		k) Billigkeitskorrektiv bei Bedarfsbestimmung 352
		3. Fälle, in denen eine objektive Unzumutbarkeit regelmäßig
		ausscheidet
		a) Korrektur des Selbstbehalts bei Wiederheirat 352
		b) Voreheliche Erkrankung
		c) Voreheliche Täuschungshandlungen, unerkannte
		Erkrankung
	XII.	Wiederaufleben des Unterhaltsanspruchs
	XIII.	Verzeihung eines Härtegrunds
	XIV.	Darlegungs- und Beweislast
J.		ngsfähigkeit des Unterhaltsschuldners und Rangfolge 357
	I.	Begriff der Leistungsfähigkeit, zeitliche Kongruenz 357
	II.	Auswirkungen auf die einzelnen Unterhaltsrechtsverhältnisse 359
		1. Überblick
		2. Familien- und Trennungsunterhalt
		3. Nachehelicher Unterhalt, Verwandtenunterhalt,
		Unterhalt der Mutter nach § 1615l BGB
		4. Maßgebliche Faktoren der fehlenden bzw. begrenzten
		Leistungsfähigkeit sowie Rechtsfolgen
	III.	Voraussetzungen der mangelnden Leistungsfähigkeit des
		Verpflichteten
		1. Begriff des billigen Selbstbehalts i.S.d. § 1581 S. 1 BGB
		nach der Rechtsprechung des BGH
		a) Entwicklung bis zur Aufhebung der Rechtsprechung
		zur Dreiteilung durch das BVerfG
		b) Bestimmung des billigen Selbstbehalts im Sinne
		des § 1581 BGB nach Wegfall der Rechtsprechung
		zur Dreiteilung
		c) Rechnerische Festlegung des billigen Selbstbehalts
		gemäß § 1581 S. 1 BGB zum Trennungs- und
		nachehelichen Unterhalt
		2. Begriff des eigenen angemessenen sowie notwendigen
		Unterhalts im Verwandtenunterhalt
		a) Grundlagen
		b) Selbstbehalt beim Verwandtenunterhalt
		3. Selbstbehalt beim Unterhalt der Mutter nach
		§ 16151 BGB
		4. Verdrängung des Selbstbehalts bei sogenannten
		Hausmannfällen durch Familienunterhalt
		5. Bemessung des notwendigen Selbstbehalts bei günstigem
		Lebensaufwand durch Partnerschaft

Inhaltsverzeichnis XXVII

	6. Erhöhung der Selbstbehaltssätze wegen zwangsläufiger
	Belastungen
	7. Kein Erwerbstätigenbonus bei begrenzter
	Leistungsfähigkeit
	8. Abgrenzung echter – unechter Mangelfall 370
IV.	Unterhaltsbestimmung im Mangelfall nach Aufhebung der
	Rechtsprechung des BGH zur Dreiteilung
	Mangelfallberechnung in Abhängigkeit zur Definition
	des Selbstbehalts
	2. Notwendigkeit zur Umsetzung der Gleichwertigkeit
	der zweiten Ehe im Mangelfall?
	3. Wiederbelebung der Begriffe eines relativen und
	absoluten Mangelfalls
	a) Notwendige Vorfrage – Abgrenzung auf der
	Bedarfsebene
	b) Folgerungen für den Begriff des eigenen angemessenen
	Unterhalts i.S.d. § 1581 S.1 BGB – relativer und
	absoluter Mangelfall
V.	Auswirkungen der Neuordnung des Rangfolgensystems auf
	den Begriff der Leistungsfähigkeit i.S.d. § 1581 S. 1 BGB 377
	1. Erfordernis einer Neuinterpretation des Begriffs der
	Leistungsfähigkeit gemäß § 1581 S. 1 BGB? 377
	2. Fehlende Aussagen zu § 1581 S. 1 BGB in der
	Entscheidung des BVerfG vom 25.1.2011 378
	3. Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit der zweiten Ehe
	und Billigkeitsprüfung gemäß § 1581 BGB 378
	4. Berücksichtigung sämtlicher Einkünfte im Rahmen der
	Billigkeitsprüfung nach § 1581 BGB
	5. Praktische Folgen der Gleichstellung gleichrangig
	konkurrierender Ansprüche
	6. Berechnung bei Unterschreiten des Existenzminimums
	des zweiten Unterhaltsberechtigten bei Gleichrang 382
	7. Berechnung bei Einkünften des gleichrangigen
	geschiedenen Unterhaltsberechtigten
	8. Berechnung bei Einkünften beider gleichrangiger
	Unterhaltsberechtigter
	9. Berechnung bei absolutem Mangelfall bei gleichrangigen
	Ansprüchen
VI.	Konkurrenz eines Anspruchs nach § 1615l BGB zu
	gleichrangigen Ansprüchen §§ 1361, 1569 ff. BGB 387
	1. Bedarfsprägender Anspruch nach § 1615l Abs. 2 BGB 387
	2. Unterhaltsanspruch nach § 1615l BGB nicht
	bedarfsprägend
VII.	Verstoß der Gleichstellung gleichrangiger Unterhaltsansprüche
	gegen Entscheidung des BVerfG vom 25.1.2011? 390

VIII.	Konkurrenz zweier Unterhaltsansprüche bei Vorrang eines
	Ehegatten bzw. des Anspruchs der Mutter nach § 1615l BGB 392
	1. Auswirkung der Rangfolgeregelung des § 1609
	Nr. 2, 3 BGB auf die Billigkeitsprüfung gemäß § 1581
	S. 1 BGB
	2. Der Begriff der "sonstigen Verpflichtungen" in Bezug auf
	die Rangvorschriften der §§ 1582, 1609 BGB 394
	3. Berechnungsbeispiele
	a) Berechnung bei Vorrang des zweiten Ehegatten 395
	b) Mangelfall bei Vorrang des geschiedenen Ehegatten 395
IX.	Verbindlichkeiten und Leistungsfähigkeit
	des Unterhaltsschuldners
	1. Begriff der sonstigen Verpflichtungen, Maßgeblichkeit
	des Rangs eines Unterhaltsanspruchs
	2. Beachtliche und nicht berücksichtigungsfähige
	Verbindlichkeiten
	3. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten aus Anlass
	der Trennung bzw. Scheidung, Umgangskosten 399
	4. Berücksichtigung gemeinsam eingegangener
	Verbindlichkeiten
	5. Schuldentilgung über Pfändungsfreigrenzen 401
	6. Rücksichtnahme auf minderjährige Kinder 401
	7. Unterhaltsansprüche in der Insolvenz 402
	8. Unterhaltsansprüche gegen den Schuldner im eröffneten
	Insolvenzverfahren
	9. Verbraucherinsolvenzverfahren, Restschuldbefreiung 403
	10. Obliegenheit zur Stellung eines Insolvenzantrags beim
	Kindesunterhalt
	11. Keine Obliegenheit eines Insolvenzantrags beim
	Trennungs- und nachehelichen Unterhalt 407
	12. Darlegungs- und Beweislast
X.	Einkommen des Unterhaltspflichtigen und Leistungsfähigkeit . 408
	1. Einkommen als Voraussetzung der Leistungsfähigkeit 408
	2. Wechsel des Arbeitsplatzes
	3. Keine Einkommensfiktion bei unfreiwilligem Verlust des
	Arbeitsplatzes
	4. Selbstverschuldete Leistungsunfähigkeit durch Aufgabe
	des Arbeitsplatzes
	5. Erwerbsobliegenheit bei Verlust des Arbeitsplatzes,
	Zurechnung des früheren Einkommens, Bindung an
	Verletzung der Obliegenheit 411
	6. Einkommensfiktion bei nicht hinreichenden Einkünften,
	Umfang einer Nebentätigkeit 413
	7. Obliegenheit zu einer überobligationsmäßigen
	Erwerbstätigkeit bei beschränkter Leistungsfähigkeit 413

In	haltsverzeichnis	XXIX

	8.	Leistungsfähigkeit nach § 1603 Abs. 1, 2 BGB
	0	bei Verbüßung einer Strafhaft
	9.	Geringfügige Einkünfte des verheirateten
		barunterhaltspflichtigen Elternteils aus Bezug
	1.0	des Elterngelds
	10.	Gesteigerte Unterhaltspflicht und doppelte Bezugsdauer
	1.1	von Elterngeldleistungen
	11.	Umfang der Erwerbsobliegenheit bei Hausfrau/
	1.2	-mann-Rolle
		Vorübergehende Minderung der Leistungsfähigkeit 419
	13.	Einsatz einer arbeitsrechtlichen Abfindung bei fehlender
	1/	Leistungsfähigkeit
	14.	Keine Erhöhung der Leistungsfähigkeit bei Bezug der
	1	Grundsicherung bei tituliertem Unterhaltsanspruch 422
	15.	Leistungsfähigkeit und Nutzungsvorteile aus einem
		Eigenheim
		a) Grundlagen
		b) Bestimmung der Leistungsfähigkeit
		im Kindesunterhalt
		c) Bestimmung der Leistungsfähigkeit beim
X 7 7	* *	Elternunterhalt
XI.		wertung des Vermögensstammes
XII.		Rangfolgesystem
	1.	Grundlegende Neuordnung
	2.	Rangfolgesystem bis zum 31.12.2007
		Generelle Struktur einer Rangfolgeordnung 426
	4.	Rechtspolitische Begründung der Änderung
	_	der Rangfolge
		Absoluter Vorrang des Kindesunterhalts 427
	6.	Besondere Gewichtung des Unterhalts der Eltern wegen
		Betreuung eines Kindes
	7.	Gleichstellung des Unterhalts bei Ehe von langer Dauer
		mit dem Betreuungsunterhalt 429
	8.	Einordnung des Familienunterhalts der zweiten Ehefrau,
		wenn kein gemeinsames Kind betreut wird 431
		Die weiteren Rangfolgeregelungen 431
	10.	Fehlende Rangfolge bei Unterhaltsansprüchen nach
		dem LPartG
	11.	Probleme des neuen Rangfolgesystems 432
		a) Bestimmung der Einsatzbeträge 432
		b) Schwächung des steuerlichen Realsplittings 433
	12.	Minderjährige und volljährige privilegierte Kinder
		als Berechtigte der ersten Rangstufe
		a) Begriff des minderjährigen Kindes 434
		b) Volljährige privilegierte Kinder 434

XXX Inhaltsverzeichnis

		c) Tatbestandliche Abgrenzung
	12	d) Einzusetzende Einkünfte und Vermögen 436
	12.	Bestimmung der Einsatzbeträge beim Kindesunterhalt 437
		a) Grundlage der Bedarfsbestimmung – neue
		Bemessungsgrundlage gem. § 1612a Abs. 1 BGB 437
		b) Funktion des Bedarfskontrollbetrags
	1.4	c) Auswirkungen bei der Mangelfallberechnung 439
	14.	Mangelfallberechnung bei mehreren Berechtigten der 1. Rangstufe
	15	Mangelfallberechnung bei volljährigem privilegierten
	1).	Kind
	16.	Zuordnung des steuerlichen Splittingvorteils aus neuer Ehe
	101	zum Kindesunterhalt bei Ermittlung des Bedarfs und der
		Leistungsfähigkeit
	17.	Zuordnung des Realsplittingvorteils gemäß § 10 Abs. 1
	-/-	Nr. 1 EStG sowie außergewöhnlicher Belastungen gemäß
		§ 33a Abs. 1 EStG im Mangelfall nach der 1. Rangstufe 444
	18.	Zuordnung des Splittingvorteils nach § 26b Abs. 1 EStG
		bei Ranggleichheit gemäß § 1609 Nr. 2 BGB oder § 1609
		Nr. 3 BGB mehrerer Unterhaltsberechtigter 445
		a) Rechtsprechung des BVerfG
		b) Rechtsprechung des BGH
	19.	Zuordnung des Splittingvorteils aus neuer Ehe bei
		Nachrang des neuen Ehegatten
	20.	Keine Billigkeitskorrektur nach § 1579 Nr. 8 BGB 448
		Mangelfallberechnung bei Zusammentreffen
		der 1. und 2. Rangstufe
	22.	Mangelfallberechnung bei Zusammentreffen
		der 2. und 3. Rangstufe
	23.	Wiederaufleben eines nachrangigen Anspruchs nach
		Wegfall eines vorrangigen Anspruchs 450
	24.	Berücksichtigung vertraglicher Unterhaltsansprüche –
		Kindesunterhalt bei heterologer künstlicher Befruchtung $$ . $$ 450
	25.	Zuordnung des Unterhalts nach § 1576 BGB bei
		Betreuung eines Pflegekinds
17	ŤTLL1: .1.	::L
ĸ.		über den Anspruch auf Familienunterhalt sowie sunterhalt
		ındsätze des Ehegattenunterhalts
		nilienunterhalt nach §§ 1360, 1360a BGB
		Grundlagen
	2	Abgrenzung zum Trennungsunterhalt nach § 1361 BGB
	۷,	sowie bei stationärer Pflege
	3	Abgrenzung zum Kindesunterhalt
		Wirtschaftsgeld
	1.	

Inhaltsverzeichnis	XXXI

	5	Finanzierung der Ausbildung durch einen Ehegatten 456
		Taschengeld
	0.	a) Anspruchsgrund, Höhe
		b) Obliegenheit zum Einsatz für Anspruch auf
		Barunterhalt eines Unterhaltsberechtigten 457
	7	Fragen zum Kostenvorschuss und zur Verfahren-
	/ •	kostenhilfe
		a) Begriff der persönlichen Angelegenheit
		b) Prüfung der Billigkeit
		d) Verfahrenskostenvorschuss für minderjährige und
		volljährige Kinder
		e) Rückforderung eines Kostenvorschusses, Kostenquotelung
		f) Kein Kostenvorschuss zwischen geschiedenen
		Ehegatten
		g) Verfahrenskostenhilfe und Verfahrensstandschaft eines
		Elternteils
		h) Aussicht auf Erfolg, Berechnung des Kostenvorschusses 461
III.		undlagen des Anspruchs nach § 1361 BGB
		Begriff des Getrenntlebens
		Grundgedanken des Getrenntlebensunterhalts
	3.	Keine Begrenzung bzw. Befristung des Trennungsunterhalts
		nach § 1578b BGB
	4.	Begriff der persönlichen Verhältnisse, Erwerbsobliegenheit,
		Zeitpunkt der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit 463
		a) Umfang der Erwerbsobliegenheit
		b) Zeitpunkt der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit 464
		c) Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit 465
		d) Erwerbsobliegenheit bei eingeschränkter
		Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen 465
	5.	Beweislast
		Lange Trennungszeit, wirtschaftliche Verselbständigung 466
		Beschränkte Dispositionsbefugnis; Unzulässigkeit des
		Verzichts auf Trennungsunterhalt
IV.	Ma	hnung und Verzug, Verzugszinsen
		Keine Wirkung für nachehelichen Unterhalt
		Wegfall des Schuldnerverzugs
		Stufenmahnung, Stufenantrag
		a) Verfahrensmäßige Auswirkungen
		b) Durchsetzungsprobleme bei rückwirkender Erhöhung
		des bezifferten Unterhalts
	4	Verzugswirkung bei hoher Mahnung
		Unterhalt für die Vergangenheit
		Verzugszinsen bei Verbindlichkeiten aus Unterhalt 470
	0.	reizugozinoen der reibinghenkelten aus Unternatt 4/0

XXXII Inhaltsverzeichnis

	V. VI.	Exakter Zeitpunkt der Beendigung des Trennungsunterhalts
L.	Überb	olick über den Anspruch auf Elternunterhalt 475
	I.	Grundlagen
	II.	Bestimmung des Bedarfs eines pflegebedürftigen Elternteils 475
		1. Maßgebliche Faktoren zur Höhe des Bedarfs 475
		2. Wandelbare Bedarfsverhältnisse
	III.	Bestimmung der Bedürftigkeit des Elternteils 477
		1. Grundlagen
		2. Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung,
		mehrere Unterhaltspflichtige
		3. Einsatz des Vermögensstamms der Eltern 479
	IV.	Höherer Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen 479
		1. Selbstbehalt in Abhängigkeit vom einzusetzenden
		Einkommen
		2. Weitere, den Selbstbehalt erhöhende Aufwendungen,
		Familienselbstunterhalt
		3. Anerkennung einer ergänzenden Altersvorsorge 482
	V.	Bestimmung des Haftungsanteils bei Unterhaltspflicht
		gegenüber einem Ehegatten
		1. Konkurrenz der Unterhaltsansprüche 482
		2. Berücksichtigung einer Haushaltsersparnis bei der
		Bestimmung des Unterhalts
	VI.	Bestimmung des Wohnvorteils eines Eigenheims des
		Unterhaltspflichtigen sowie Kreditbelastungen beim
	3.711	Elternunterhalt
	VII.	Einsatz des Einkommens sowie Vermögens des
	3.7111	Unterhaltspflichtigen
	VIII.	Kein Einsatz des Familienunterhalts
	IX.	Haftungsanteile mehrerer Geschwister
	X.	Verwirkung des Unterhalts wegen schwerer Verfehlun
	VI	nach § 1611 BGB; sozialhilferechtliche Härteklausel 491
	XI.	Auskunftspflichten beim Elternunterhalt
	XII.	Darlegungs- und Beweislast
	XIII.	
	XIV.	Berücksichtigung eines fiktiven Pflegegelds
	XV.	Bestimmung der Aktivlegitimation des Sozialhilfeträgers 495

		Inhaltsverzeichnis	XX	XIII
M. Umfang der Auskunfts- und Belegpflicht im Unterhalt 497				
	I.	Überblick über die materiell-rechtlichen Vorschriften		497
	II.	Ergänzende Auskunftspflicht		
	III.	Verweigerungsgründe		
	IV.	Auskunft im Verbund, Gegenseitigkeit		501
	V.	Umfang des Anspruchs aus § 1605 Abs. 1 BGB		
		1. Systematische Aufstellung, ergänzende Auskunft,		
		eigenhändige Auskunft		501
		2. Erfüllung des Auskunftsanspruchs bei Teilauskünften		
		3. Beleganspruch als selbständiger Anspruch, Vollstreckung		
		4. Zeitraum		
	VI.	Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, bedingte		
		Antragstellung		504
	VII.	Stufenmahnung, verfahrensmäßige Umsetzung		
	VIII.	Stufenklageantrag bei nicht bestehendem Leistungsanspruch		
	IX.	Zeitliche Eingrenzung der Auskunfts- und Belegpflicht		
		1. Sperrfrist		
		2. Mehrjährige Erfassung		
	X.	Weitere Fragen zur Auskunftspflicht		
		1. Grenzen der Auskunfts- und Belegpflicht		506
		2. Wert der Beschwer im Auskunftsverfahren		507
		3. Formulierung von Anträgen		509
		a) Außergerichtliche Stufenmahnung		509
		b) Auskunftsantrag bei Arbeitnehmer bzw.		
		nichtselbständiger Erwerbstätigkeit		510
		c) Antrag bei Selbständigen bzw. Gewerbetreibenden .		510
	IX.	Auskunft bei Überleitung des Unterhaltsanspruchs auf		
		Sozialhilfeträger		511
		<ol> <li>Rechtslage bei SGB II – Grundsicherung f  ür</li> </ol>		
		Arbeitssuchende		
		2. Rechtslage bei SGB XII – Sozialhilfe		
	XII.	Pflicht zur ungefragten Information		
		1. Voraussetzungen der Pflicht zur ungefragten Information		
		2. Sonderfall bei Unterhaltsvereinbarung		
		3. Rechtsprechung des BGH		513
N.		mmensermittlung im Unterhalt – Überblick		515
	I.	Anerkennung von Abschreibungen wegen Abnutzung von		
		Wirtschaftsgütern durch BGH-Rechtsprechung		
		1. Grundlagen der Rechtsprechung des BGH		
		2. Abschreibungen bei Gebäuden (Renditeobjekte)		
		3. Berücksichtigung einer sog. Ansparabschreibung		516
		4. Verhältnis einer Abschreibung zur planmäßigen Tilgung		c 1 =
		eines Kredits		)1/

		5. Berücksichtigung der realen Steuerlast bei Korrektur von Abschreibungen	519
	II.	Fragen zum steuerlichen Realsplitting nach § 10 Abs. 1a	
	III.	Nr. 1 EStG	
		gemäß § 26 b EStG zur Bestimmung des Einkommens	
		1. Rechtsprechung des BGH	
		2. Unterhaltsrechtliche Vorgaben	
		3. Rechenschritte nach BGH	52
	IV.	Verpflichtung zur Zustimmung zur gemeinsamen Veranlagung	
		zur Einkommenssteuer	522
	V.	Methode der Aufteilung der Steuerlast hinsichtlich eines	
		verheirateten Unterhaltspflichtigen	522
	VI.	Zuordnung einer Steuernachzahlung zum unterhaltsrelevanten	
		Einkommen – In- oder Für-Prinzip	523
	VII.	Ergänzende Altersvorsorge bei nichtselbstständiger	
		Berufstätigkeit	
		1. Grundlagen	
		2. Unbeachtlichkeit der Anlageform	525
		3. Immobilie als Altersvorsorge	525
		4. Anerkennung nur bei tatsächlichen Versorgungs-	
		maßnahmen	525
		5. Weitere Fragen; Übersteigen der Beitragsbemessungs-	
		grenze	520
		6. Vorrangige Sicherstellung des Mindestunterhalts	
	* ****	eines Kindes	520
	VIII.	Vorsorgeaufwendungen bei Selbständigen	52(
	IX.	Sachentnahmen und eheliche Lebensverhältnisse	
	X.	Einsatz des Vermögens zum Unterhalt	
	XI.	Elterngeld, Pflegegeld, Leistungen der Grundsicherung	
		<ol> <li>Grundlagen</li></ol>	527
		einer Erwerbsobliegenheit	528
		3. Pflegegeld, Leistungen der Grundsicherung	529
	XII.	Wahl einer ungünstigen Steuerklasse	
	XIII.		
		bei Wiederheirat	529
o.	Der K	indesunterhalt	
	I.	Rechtsgrund der Unterhaltspflicht aus Verwandtschaft	53
	II.	Reichweite des gesetzlich geregelten Kindesunterhalts	53
	III.	Kindesunterhalt ab Volljährigkeit	532
	IV.	Weitere sachliche Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	
		1. Bedarf, Bedürftigkeit, Leistungsfähigkeit	533

Inhaltsverzeichnis XXXV

	<ol> <li>Gesteigerte Unterhaltspflicht, Rangfolge, Sonderbedarf</li> <li>Verjährung des Kindesunterhalts, Sonderfall</li> </ol>	
	bei Legalzession	534
	4. Durchsetzung hoher rückständiger Unterhaltsbeträge nach	
	§ 1613 Abs. 3 BGB	534
V.	Begriff des Bedarfs minderjähriger und volljähriger Kinder	
	1. Der Begriff der Lebensstellung des Kindes	
	2. Selbständige Lebensstellung volljähriger Kinder	536
	3. Gesetzliche Definition des Mindestunterhalts	
	4. Statischer und dynamischer Individualunterhalt nach	
	§ 1612a Abs. 1 BGB	537
	5. Begriff des Mindestunterhalts nach § 1612a Abs. 1 BGB	
	6. § 1612a Abs. 1 BGB als gesetzlich geregelte Bezugsgröße	
	7. Mindestunterhalt der vierten Altersstufe	538
	8. Funktion des Mindestunterhalts als Beweislastregel	
	9. Mindestunterhalt bei Einkommen des nicht	
	barunterhaltspflichtigen Elternteils	539
	10 Methode der Bestimmung der Prozentsätze zur	
	Dynamisierung des Unterhalts	540
	11. Beschlussformel bei dynamischem Unterhaltstitel,	
	Begrenzung im Vereinfachten Verfahren nach	
	§§ 249 ff. FamFG	541
	12. Mehr- sowie Sonderbedarf eines Kindes	
	a) Abgrenzung zum laufenden Unterhalt,	
	Krankenversicherung	542
	b) Unregelmäßiger und außergewöhnlich hoher Bedarf	
	c) Einzelfälle	543
VI.	Bestimmung des Bedarfs des Kindes bei gehobenen	
	Einkommensverhältnissen	545
VII.	Grundlagen des staatlichen Kindergeldes	546
	1. Anspruchsberechtigung	
	2. Zeitliche Begrenzung des Kindergeldes	547
	3. Verdrängung des Kindergeldes durch andere Leistungen	
VIII.	Kindergeldausgleich nach § 1612b BGB	548
	1. Deckung des Barbedarfs durch Kindergeld	
	2. Prinzip des Kindergeldausgleichs	
	3. Volljähriges Kind außerhalb des Haushalts	
	4. Kindergeldverrechnung im Mangelfall	
	5. Erhöhung der Verteilungsmasse für die zweite Rangstufe	
	6. Bedarfsdeckende Wirkung bei volljährigen Kindern	
	7. Auswirkungen bei Zusammentreffen minderjähriger	
	sowie volljähriger privilegierter Kinder	552
	8. Unbeachtlichkeit des Zählkindvorteils	
	9. Kindergeldersatzleistungen nach § 1612c BGB	

	10. Bedarf und Kindergeldverrechnung bei auswärtig
	untergebrachtem Kind
	11. Behandlung des Kindergelds bei einem im Ausland
	lebenden Unterhaltspflichtigen
IX.	Anteilige Haftung bei Zusammentreffen eines privilegierten
	volljährigen Kindes und eines minderjährigen Kindes 554
	1. Grundsatz bei Zusammentreffen minderjähriger und
	volljähriger Kinder
	2. Folgen der Gleichstellung bei Anteilsberechnung 555
X.	Alleinhaftung eines Elternteils im Fall der Anteilshaftung nach
	§ 1606 Abs. 3 S. 1 BGB
	1. Grundsatz
	2. Fingiertes Einkommen eines Elternteils 558
XI.	Begriff des anderen leistungsfähigen Verwandten,
	§ 1603 Abs. 2 S. 3 BGB
XII.	Ersatzhaftung des anderen Elternteils und nachrangiger
	Verwandter bei leistungsunfähigem Elternteil 560
	1. Grundlagen der Ersatzhaftung 560
	2. Haftung des anderen Elternteils bei Verletzung einer
	Erwerbsobliegenheit
XIII.	Haftung der Großeltern
XIV.	Kindesunterhalt und Wechselmodell
	1. Wechselmodell bei gleich langen Betreuungszeiträumen 563
	a) Verfahrensrechtliche Folgen
	b) Voraussetzungen eines reinen Wechselmodells 563
	2. Rechengang, Zuordnung Kindergeld 564
	3. Wechselmodell mit deutlichem Schwerpunkt bei
	einem Elternteil
	4. Modifikation der starren Rechtsprechung des BGH 565
	5. Titulierung, Vollstreckung
XV.	Art der Unterhaltsgewährung, § 1612 BGB 567
	1. Form der Unterhaltsleistung
	2. Bestimmungsrecht für minderjährige und volljährige
	Kinder
	3. Wirksamkeitsprüfung der Unterhaltsbestimmung 568
	4. Verfahren zur Prüfung der Wirksamkeit der
	Unterhaltsbestimmung
	5. Rücksichtnahme auf die Belange des Kindes als
	Voraussetzung
	6. Unwirksamkeitsgründe
	7. Restanspruch
XVI.	Unterhalt wegen Ausbildung
	1. Rechtliche Grundlagen
	2. Unterscheidung zwischen dem Anspruch auf eine
	erstmalige Ausbildung und eine Zweitausbildung 572

Inhaltsverzeichnis	$\rangle$	$\bigcirc$	C	X	V	II	ĺ

		3. Voraussetzungen des Anspruchs auf eine angemessene
		Erstausbildung
		4. Schwangerschaft der Auszubildenden 575
		5. Anspruch auf Zweitausbildung 576
	XVII.	Beschränkung oder Wegfall des Unterhaltsanspruchs
		(Härteklausel)
		1. Negative Billigkeitsklausel
		2. Voraussetzungen der Anwendung der Härtefallklausel 577
		3. Begriff des sittliches Verschuldens 578
		4. Gröbliche Vernachlässigung der eigenen Unterhaltspflicht . 579
		5. Vorsätzliche schwere Verfehlung 579
		6. Kontaktverweigerung
		7. Wirkung für die Zukunft, Verzeihung 580
		8. Rechtsfolgen
		9. Keine Anwendung bei minderjährigen Kindern 581
		10. Kein Rückgriff auf Mit- oder Ersatzverpflichtete 581
	XVIII.	Beendigung der gesetzlichen Verfahrensstandschaft
		eines Elternteils mit Erreichen der Volljährigkeit sowie
		bei Rechtskraft der Scheidung
	XIX.	Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch 582
		1. Grundlagen
		2. Höhe des Anspruchs
		3. Konkurrenz des Ausgleichsanspruchs zum verbleibenden
		Unterhaltsanspruchs des Kindes
P.		nterhalt von Müttern und Vätern aus Anlass der Geburt
	eines l	Kindes gemäß § 1615l BGB
	I.	Normzweck der Vorschrift
	II.	Anwendungsbereich
	III.	Ansprüche der Mutter aus Anlass der Geburt nach § 1615l
		Abs. 1 BGB, Abgrenzung zum Aufwand des Kindes 588
	IV.	Anspruchsinhalt nach § 1615l Abs. 2 S. 1, 2 BGB 590
		1. Unterhalt wegen Schwangerschaft oder Erkrankung 590
		2. Unterhalt wegen Betreuung
		3. Überobligationsmäßige Erwerbstätigkeit 591
		4. Begriff der kind- sowie elternbezogenen Gründe 592
		a) Zeitliche Dauer des Anspruchs nach § 16151
		Abs. 2 S. 3, 4 BGB
		b) Verlängerung der Betreuung über das 3. Lebensjahr
		hinaus
		c) Betreuungs- und Erziehungsleistungen nach 3. Lebens-
		jahr des Kindes
		5. Weitere Gründe der Verlängerung des Anspruchs,
		Kosten der Betreuung
		Rosten dei Detieddig

## Inhaltsverzeichnis

	6. Wiederaufleben eines nach bisherigem Recht begrenzten
	Anspruchs
	7. Verfahrensmäßige Geltendmachung; zeitliche Begrenzung,
	Beweislast
	8. Wiederaufleben eines nach § 1609 Nr. 2 BGB verdrängten
	Anspruchs
	9. Keine kausale Verknüpfung zur Bedürftigkeit 597
	10. Rechtskräftige Feststellung der Vaterschaft 597
	11. Bedürftigkeit, Konkurrenz zu anderen
	Unterhaltsansprüchen
	a) Wegfall der Bedürftigkeit aufgrund eigener Einkünfte . 598
	b) Minderung der Bedürftigkeit aufgrund weiterer
	Unterhaltsansprüche
	c) Konkurrenzen bei anschließender Eheschließung eines
	anderen Mannes sowie bei Anspruch auf
	Familienunterhalt 600
	12. Bedarf der Mutter
	a) Anknüpfungssachverhalte nach der Lebensstellung der
	Unterhaltsberechtigten 601
	b) Berücksichtigung einer künftigen Einkommensent-
	wicklung
	13. Begrenzung des Bedarfs der Mutter auf Halbteilungs-
	grundsatz; Berücksichtigung eigener Einkünfte 603
	14. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen 604
	15. Einstweiliger Rechtsschutz zugunsten der Mutter 604
V.	Steuerliche Entlastung
VI.	Probleme aus der Gleichstellung des § 1615l BGB mit
	§ 1570 BGB
	1. Problemlage
	2. Bedarf, Bedürftigkeit nach § 1577 Abs. 1 BGB,
	Leistungsfähigkeit
	a) Bedarf nach § 1610 BGB bei verheiratetem
	Unterhaltsberechtigtem
	b) Bedürftigkeit, überobligationsmäßige Erwerbstätigkeit 600
	3. Anspruch auf Mehr- oder Sonderbedarf,
	Vorsorgeunterhalt
	4. Anwendung der Härtefallklauseln nach §§ 1579,
	1611 BGB
	5. Vereinbarungen nach § 1585c S. 1 BGB sowie nach
* ***	§ 1614 Abs. 1 BGB
VII.	Weitere Fragen
	1. Unterhalt für die Vergangenheit, Verzug, Auskunft,
	Beweislast
	2. Verjährung

Inhaltsverzeich	nic	XXXIX
IIIIaitsvei zeiciii	1115	ΛΛΛΙΛ

	VIII.	Anspruch des Vaters auf Betreuungsunterhalt nach
		§ 1615l Abs. 4 BGB
	IX.	Beerdigungskosten für die Mutter 610
	X.	Tod des Vaters, Tod und Fehlgeburt 610
Q.	Verein	barungen im Unterhaltsrecht
	I.	Grundlagen
	II.	Vereinbarungen zum Unterhalt bei Ehegatten 611
		1. Gesetzliche Regelungen 611
		2. Umfang der Dispositionssperre bei Vereinbarungen zum
		Familien- und Trennungsunterhalt 611
		3. Zulässige Modifikationen des Familien- und
		Trennungsunterhalts, Umgehungsgeschäft 612
		4. Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt nach
		§ 1585c Satz 1 BGB
		5. Grenzen der Dispositionsfreiheit – Grundlagen zur
		Inhaltskontrolle von Eheverträgen 613
		a) Grundlagen der Rechtsprechung zum Kernbereich der
		Scheidungsfolgen 613
		b) Prüfungsfolge zur Inhaltskontrolle 615
		c) Umsetzung der Ausübungskontrolle 616
		6. Umfang der Wirksamkeitskontrolle 617
		7. Beweislast
		8. Verfahrensfragen
		9. Rechtsprechung zur Inhaltskontrolle von Eheverträgen
		seit der grundlegenden Entscheidung des BGH vom
		11.2.2004
		a) Inhaltskontrolle zugunsten eines Unterhalts-
		pflichtigen
		b) Ausschluss des Betreuungsunterhalts nach
		\$ 1570 BGB
		c) Ehevertrag mit einem ausländischen Ehegatten 620
		d) Ausschluss des Altersunterhalts nach § 1571 BGB
		sowie Krankheitsunterhalts nach § 1572 BGB 620
		e) Unterhalt bis zur Erlangung einer angemessenen
		Erwerbstätigkeit nach § 1573 Abs. 1 BGB 621
		f) Weitere Unterhaltstatbestände
		g) Krankenversicherung, Altersvorsorge
		h) Genereller Grundsatz des Nachteilsausgleichs 623
		i) Abfindung des Unterhalts vor Wiederheirat 623
		10. Inhaltskontrolle bei Scheidungsfolgenvereinbarungen 623
		11. Wirksamkeit eines Verzichts bei Ausgleichsleistungen 625
		12. Zeitliche Begrenzung der Inhaltskontrolle? 625
		13. Auskunft und Inhaltskontrolle 626

		14. Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit
		eines Ehevertrages
	III.	Notarielle Form von Vereinbarungen zum nachehelichen
		Unterhalt
		1. Die Regelung des § 1585c S. 2 BGB 626
		2. Weitere Formbestimmungen 627
		3. Formzwang aufgrund anderer Regelungen 628
	IV.	Verwandtenunterhalt
		1. Kein Formzwang bei Vereinbarungen 628
		2. Inhalt von Vereinbarungen zum Verwandten-, insbesondere
		Kindesunterhalt
		a) Grundlagen
		b) Zulässige Vereinbarungen zum Kindesunterhalt 629
		c) Weitere Fälle zulässiger Vereinbarungen 629
		d) Unzulässige Vereinbarungen zum Kindesunterhalt 630
		3. Freistellungsvereinbarungen
		4. Beachtung des Kindeswohls bei Eheverträgen 631
	V.	Auslegung von Vereinbarungen
	VI.	Allgemeine Wirksamkeitskontrolle
	VII.	Sittenwidrigkeit von Eheverträgen
		Verjährung einer Abfindungszahlung aufgrund einer
	, 111,	Unterhaltsvereinbarung
	IX.	Krankenversicherungspflicht bei Unterhaltsabfindung 635
R.	Sonsti	ge Fragen zum Unterhalt
	I.	Durchsetzung hoher rückständiger Unterhaltsbeträge nach
		§ 1613 Abs. 3 BGB
	II.	Problem der Erfüllungswirkung von Unterhaltsleistungen bei
		vorläufiger Titulierung
	III.	Aktuelle Rechtsprechung zur Kostenentscheidung in
		Unterhaltssachen
	IV.	Wechselwirkungen zwischen Darlehen und Unterhalt;
	1 ,,	Unterhaltsgewährung in Form eines Darlehens 639
		1. Grundsatz der Unterhaltsgewährung 639
		2. Ausnahmen bei Ungewissheit der Unterhaltshöhe nach
		BGH-Rechtsprechung – Fallgruppen 640
		3. Kriterium der Zumutbarkeit – Rechtsfolgen bei
		Ablehnung durch Unterhaltsberechtigten 641
	V.	Zeitbezogene Ermittlung des Unterhalts, Zuvielforderung für
	٠.	bestimmte Zeiträume
	VI.	Aufhebung eines Unterhaltstitels im Fall der Abfindung
	٧ 1.	eines titulierten Unterhalts, Auswirkungen eines befristeten
		Titelyerzichts
		11101101210110

Inhaltsverzeichnis	XLI
--------------------	-----

s.	Famil	liengerichtliches Verfahren, Abänderungsverfahren 645
	I.	Beendigung der gesetzlichen Verfahrensstandschaft nach
		§ 1629 Abs. 3 BGB mit Eintritt der Volljährigkeit sowie
	**	im Fall der Rechtskraft der Scheidung 645
	II.	Konkurrenz von Beistandschaft des Jugendamts und
	TTT	Verfahrensstandschaft eines Elternteils
	III.	Prüfungspflichten des Familiengerichts bei Übergang des Unterhalts nach § 37 BAföG
	IV.	Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht nach §§ 235,
	1 ٧.	236 FamFG
		1. Regelungszweck
		2. Keine Vorwegerfüllung einer streitigen Auskunftspflicht
		sowie keine Amtsermittlung
		3. Versicherung einer wahrheitsgemäßen und vollständigen
		Auskunft
		4. Anordnungsverpflichtung auf Verlangen
		eines Beteiligten
		5. Mitteilung einer wesentlichen Änderung 648
		6. Keine Anfechtbarkeit von Anordnungen
	<b>T</b> 7	7. Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht Dritter
	V.	Das Abänderungsverfahren im Unterhaltsrecht
		1. Bindung im Abänderungsverfahren
		Wegfall der Bindung an Erstfestsetzung
		b) Änderung der tatsächlichen Grundlagen 651
		c) Fehlende Feststellung der für die Bemessung
		des Unterhalts erforderlichen Grundlagen 651
		3. Änderung der rechtlichen Verhältnisse als
		Abänderungsgrund
		4. Einwand der Befristung bzw. Begrenzung des Unterhalts
		und Unterhaltsvergleich
		5. Abänderung einer Vereinbarung mit
		Anpassungsausschluss
		6. Vereinbarung eines lebenslangen Unterhalts 657
		7. Abänderung einer Versäumnis- bzw. Anerkenntnis-
		entscheidung
	VI.	8. Darlegungs- und Beweislast
	٧1.	übersehenen Umstand
	VII.	Rechtsschutzinteresse des Unterhaltsberechtigten zur
	, 11.	Titulierung des geschuldeten Unterhalts
T.	Überg	gangsbestimmungen
	I.	Grundlagen
	II.	Anpassung dynamischer Unterhaltstitel und Vereinbarungen 663

XLII	Inhaltsverzeichnis
	2. Zweck der Regelung des § 36 Nr. 3 EGZPO
Stichwortver	auf der Grundlage der Beträge zum 1.1.2008 664 c) Gesetzlicher Regelfall nach Satz 4 Buchstabe a) 665